



TOP VI Tätigkeitsbericht der Bundesärztekammer

Titel: Projekt "Elektronische Gesundheitskarte" nicht weiterführen - Moderne Kommunikationswege in der Medizin sicher nutzen

Entschließungsantrag

Von: Dr. Susanne Blessing als Delegierte der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Sylvia-Gabriele Mieke als Delegierte der Landesärztekammer Hessen
Fritz Stagge als Delegierter der Ärztekammer Nordrhein
PD Dr. Andreas Scholz als Delegierter der Landesärztekammer Hessen
Dr. Klaus Reinhardt als Delegierter der Ärztekammer Westfalen-Lippe
Dr. Norbert Metke als Delegierter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Thomas Kajdi als Delegierter der Ärztekammer des Saarlandes
Dr. Wolfgang Bärtl als Delegierter der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Dirk Heinrich als Delegierter der Ärztekammer Hamburg
Dr. Udo Schulte als Delegierter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Astrid Schmidt als Delegierte der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Hans Ramm als Delegierter der Ärztekammer Hamburg
Dr. Stephan Roder als Delegierter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Prof. Dr. Albrecht Hettenbach als Delegierter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Jens Schweizer als Delegierter der Ärztekammer Niedersachsen

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:

Der 116. Deutsche Ärztetag 2013 bekräftigt die in seinen Beschlüssen der letzten Jahre formulierte Ablehnung des Großprojektes "Elektronische Gesundheitskarte" (eGK). In den vergangenen 7 Jahren hat sich herausgestellt, dass das eGK-Projekt nicht geeignet ist, eine moderne, sichere, patienten- und arztdienliche elektronische Kommunikation im Gesundheitswesen zu befördern. Die bisher investierten Gelder sind der medizinischen Versorgung verloren gegangen.

Der nächste Schritt in der Einführung dieses kostenträchtigen Projektes ist es, aus allen Arztpraxen Außenstellen der Krankenkassen zu machen mit der Verpflichtung, für jeden Versicherten per dauerhafter Online-Anbindung die Versichertenstammdaten auf der Karte zu aktualisieren.

Der 116. Deutsche Ärztetag 2013 stellt fest, dass das Versichertenstammdatenmanagement (VSDM) keine Aufgabe der Ärztinnen und Ärzte ist, sondern eine ausschließliche Aufgabe der Krankenkassen. Weiterhin wird jede zentrale

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



Datenspeicherung von Medizindaten abgelehnt, weil deren Sicherheit nicht gewährleistet werden kann.

Deshalb fordert der 116. Deutsche Ärztetag 2013 datensparsame dezentrale Punkt-zu-Punkt-Kommunikations- und Speicherlösungen für die Medizin statt einer bundesweiten zentralisierten Telematikinfrastruktur unter Führung der von den gesetzlichen Krankenkassen dominierten eGK Einführungsorganisation gematik.

Der 116. Deutsche Ärztetag 2013 fordert den Vorstand der Bundesärztekammer auf, diese Position konsequent in allen politischen und administrativen Gremien zu vertreten und gegebenenfalls vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) die Auflösung der eGK-Einführungsorganisation gematik zu verlangen. Der 116. Deutsche Ärztetag 2013 fordert außerdem von der Politik eine Gesetzesänderung in § 291 SGB V im Sinne einer Streichung der Verpflichtung zum VSDM in den Arztpraxen.

Begründung:
mündlich